

Dieter Braunmüller
Auf d. Steinenberg 18
72622 Nürtingen
(07022) 3 11 51

Regine Glück
Biberacher Str. 8
72622 Nürtingen
(07022) 3 72 54

Peter Rauscher
Mädchenschulstr. 4
72622 Nürtingen
(07022) 3 74 93

Thomas Hauptmann
Starenweg 12
72622 Nürtingen
(07022) 3 64 03

Hildegard Biermann-Mannsfeld
Einsteinweg 1
72622 Nürtingen
(07022) 81 10

Rede zum Haushalt 2005

Nachhaltige Entwicklung trotz reduzierter Mittel

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Heirich,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

alle Jahre wieder vollzieht sich das Wunder von Nürtingen: Bei Einbringung des Haushalts sind die Mittel knapp. Kostenträchtige Wünsche der Fraktionen haben ohne Finanzierungsvorschlag keine Aussicht auf Erfolg. Die Ausgaben für freiwillige Leistungen im ökologischen, kulturellen und sozialen Bereich werden nochmals kritisch überprüft. Dann ist das Jahr zu Ende und es stellt sich heraus, dass die ursprünglichen Befürchtungen nicht eingetreten sind. Hans Eichel würde sich freuen, wenn er das auch so hinkriegen würde.

Der Haushalt 2005 ist fast ein Spiegelbild von 2004. Die Situation ist ernst. Die Spielräume sind noch enger geworden. Wir haben uns dadurch aber nicht abhalten lassen, ergänzende Anträge zu stellen, die sich nicht nur auf Einsparungen, sondern auch auf die nachhaltige Entwicklung unserer Stadt beziehen. Sonst könnten wir die Kommunalpolitik einem Sparkommissar überlassen.

Einbringung einer Resolution

Unsere Haushaltsmisere ist weitgehend fremdbestimmt. Neben der wiederum erhöhten Kreisumlage werden die Gemeinden durch Bund und Land erheblich belastet. In den Jahren 2005 und 2006 sollen den Kommunen jeweils zusätzlich bis zu 350 Millionen Euro zugunsten des Landes entzogen werden. Mit der pauschalen Kürzung des Finanzausgleichs 2004 in Höhe von 80 Mio. Euro, die 2005 wirksam wird, und dem kommunalen Anteil an den Umsatzsteuererlustern des Landes durch Hartz IV in Höhe von 29 Mio. Euro, werden den Gemeinden nächstes Jahr ca. 460 Millionen Euro fehlen.

Diesen erneuten Griff des Landes in die kommunalen Kassen sollten wir nicht unwidersprochen hinnehmen. Wir schlagen daher vor, dass wir eine Resolution beschließen, deren Entwurf auch in anderen Kommunen diskutiert wird und die wir auf ihren Tischen ausgelegt haben.

Finanzierungslücke von 3 Mio. Euro

Der Verwaltungshaushalt 2005 weist eine **Finanzierungslücke von 3 Mio. Euro** auf. Trotz bereits vorweggenommenen erheblichen Einsparungen im Investitions- und Personalbereich enthält der Haushalt noch Posten, die in Zeiten knapper Kassen zurückgestellt werden können. In unseren Haushaltsanträgen haben wir auf einige Möglichkeiten hingewiesen.

Im Vermögenshaushalt stellen die Grundstückserlöse für die Stadt wiederum einen unverzichtbaren Rettungsanker dar. Die Erwartungen sind groß, dass sich durch den Bau der Messe beträchtliche Kaufimpulse im Dienstleistungszentrum Bachhalde ergeben. Gegenzurechnen sind allerdings die von der Region angeforderte Kostenbeteiligung in den Jahren 2005 bis 2008 von insgesamt 736.000 Euro für die Messe und die an den Zweckverband zu zahlende Umlage von 340.000 Euro für die Bachhalde.

Strukturelle Veränderungen

Ohne Strukturveränderungen wird sich die Finanzierungslücke nicht schließen lassen. Einige davon sind bereits eingeleitet, wie z.B. die Neuregelung bei der Teilortsverwaltung und den Bauhöfen. Der Gedanke, Ortsvorsteher auf ehrenamtlicher Basis zu berufen und die Gebäudewirtschaftung unter dem Stichwort „Facility Management“ neu auszurichten, sind in der Vorberatung. Unsere Fraktion sieht darüber hinaus weitere sinnvolle Maßnahmen, die im Rahmen der nächsten Klausurtagung eingehender beraten werden sollten.

Abschaffung der unechten Teilortswahl

30 Jahre nach der Gemeindereform ist unsere Stadt mit ihren Stadtteilen so eng zusammengewachsen, dass endlich eine echte gemeinsame Stadtwahl zum Gemeinderat eingeführt und die unechte Teilortswahl abgeschafft werden sollte.

Die Kompetenzen und Strukturen vor Ort sind wichtig und sollen erhalten bleiben. Die unechte Teilortswahl ist allerdings ein Anachronismus, der inzwischen die Vertretung der Ortsteile eher schwächt. Durch die Aufblähung des Gemeinderates um 25 % der ordentlichen Sitzzahl geht der prozentuale Anteil der Stadträte aus den Ortsteilen in dem Gremium zurück. Politisch interessierte Bürger in den Ortsteilen, die sich nicht in einer der größeren Parteien engagieren, haben keine Chance selbst in den Gemeinderat gewählt zu werden. Außerdem wird durch die unechte Teilortswahl das Ergebnis der politischen Willensbildung durch das komplizierte und fehleranfällige Wahlrecht gravierend verzerrt.

Der Leiter der Gemeinderatswahl, Herr Riehle, hat in einer Stellungnahme zum Ergebnis der letzten Wahl aufgezeigt, dass bei der unechten Teilortswahl ca. 10 % der möglichen Stimmzahl, d.h. 42.000 Stimmen, verlorengegangen sind. Nicht unerheblich sind auch die zusätzlichen Kosten für die Auszählung der Wahl und das größere Gremium.

Mehrere vergleichbare Städte haben vor der letzten Gemeinderatswahl die unechte Teilortswahl abgeschafft und damit die Konsequenzen aus der unbefriedigenden Situation gezogen (Esslingen, Villingen, Rottenburg). Wir sollten deren Erfahrung in unsere Entscheidung mit einbeziehen. Auch Oberensingen beweist bei jeder Wahl erneut, dass ein Ortsteil auch ohne unechte Teilortswahl genügend Vertreter in den Gemeinderat entsenden kann.

Erstellung einer Bedarfsplanung für die Feuerwehr

Anhand einer Bedarfsplanung nach anerkannten Kriterien sollten auch bei der Feuerwehr die Synergieeffekte der gemeinsamen Brandbekämpfung genutzt und der Eindruck widerlegt werden, dass seit 30 Jahren die Strukturen der früher selbständigen Gemeindefeuerwehren fortgeschrieben wurden.

Der Haushalt weist die Anschubfinanzierung eines neuen Löschfahrzeugs vom Typ LF 16-12 aus. Wir beantragen, dass über die Anschaffung erst nach Vorliegen einer Bedarfsplanung entschieden wird.

Förderung der kulturellen Eigentätigkeit

Die kulturelle Eigentätigkeit muss von der Stadt und den zuständigen Ämtern gefördert werden. Dabei hat Partizipation einen hohen Stellenwert. Sie erleichtert auch den Zugang zu fremden und anderen Kulturen und zeigt ihre Gleichwertigkeit auf.

Wir fordern eine Erneuerung und demokratische Öffnung der städtischen Kulturarbeit. Erwünscht ist die Gründung eines Nürtinger Kulturrings e.V.. Dieser Kulturring soll nach dem Schorndorfer Vorbild geschaffen werden. Er übernimmt die städtische Kulturarbeit mit einem von der Stadt finanzierten Geschäftsführer an der Spitze. In diesem Verein können dann alle Nürtinger Bürgerinnen und Bürger in unterschiedlichen Ressorts mitarbeiten.

Zur Zukunftsentwicklung unserer Stadt vertreten wir folgende Meinung:

1. Flächenverbrauch

Nach wie vor ist der anhaltende Flächenverbrauch in der Region mit täglich 2 Hektar ungebrochen. Durch die Siedlungsentwicklung wird die Kulturlandschaft als Lebensraum für Pflanzen und Tiere, als Erholungsraum, als Anbaufläche für landwirtschaftliche Produkte, als Bereich für die Grundwasserneubildung und die Wasserrückhaltung und als klimatischer Ausgleichsraum reduziert, zerschnitten und beeinträchtigt.

Trotz allseits mahnender Worte möchte sich der OB „mit der Ausweisung neuer Wohngebiete zügig auseinandersetzen“ um Familien mit Kindern und gut Verdienenden attraktive Angebote machen zu können. Wir lehnen dieses Ansinnen ab und sprechen uns für eine zurückhaltende Politik beim Ausweis neuer Flächen aus.

Wir dürfen den Haushalt nicht durch den Verkauf von Baugrundstücken konsolidieren und damit nicht den Bedarf an Grundstückserlösen, sondern den Bedarf an Bauflächen zum Anlass der Bauleitplanung machen. Stattdessen sollte im Bestand investiert werden. Die vielfach dörfliche Wohnstruktur in unseren Teilorten und auch in Nürtingen weist noch ein erhebliches Potential im Altbestand auf. Für Bauwillige verweisen wir hierzu auf das Impuls-Programm ‚Altbau‘ des Landes Baden-Württemberg.

2. Sozialpolitik

Mit der bevorstehenden Umsetzung von Hartz IV, aber auch teilweise der Verwaltungsstrukturreform, sind weitreichende Auswirkungen auf viele Mitbürgerinnen und Mitbürger unserer Kommune zu erwarten. Bis jetzt spricht wenig dafür, dass Hartz IV Arbeitslosigkeit in erheblichem Umfang mindern wird. Dafür werden Entwicklungen, die zu verschärfter Armut, Ausgrenzung, Überschuldung und Wohnungsnot aufgrund nicht bezahlbaren Wohnraums führen können, zunehmen.

Die Auswirkungen werden besonders da deutlich, wo die betroffenen Menschen leben. Der Umsetzungsprozess von Hartz IV sollte daher auf kommunaler Ebene kritisch begleitet werden, um notwendige Korrekturen und Anpassungsprozesse auf Landes- und Bundesebene anstoßen zu können.

Für Nürtingen bedeutet das, die Menschen nicht mit den Folgen einer „Sozialreform“ allein zu lassen, die nicht mehr unbedingt den „Sozialstaatsgedanken“ zu ihrem Ausgangs- und Mittelpunkt macht. Das heißt, der soziale Bereich kann und darf als ganzer keine weiteren Sparbeiträge leisten.

Viele Nürtinger Bürger und Bürgerinnen haben in den letzten Jahren soziales Engagement bewiesen. Zum Beispiel als ehrenamtlich Tätige in den sozialen Diensten und Einrichtungen, in deren Vorständen, in Freundes- und Förderkreisen, in Selbsthilfegruppen, als Spender oder und als Lobby für Benachteiligte. Dieses soziale Engagement kommt nicht nur den Betroffenen zugute, sondern prägt das soziale Klima in Nürtingen und bedeutet so letztlich ein Stück Lebens- (und damit auch Standort-) Qualität für alle. Diese Haltung sollte auch die Entscheidungen im Gemeinderat prägen.

3. Kinder-, Jugend- und familienfreundliches Nürtingen

Eine Kinder-, jugend- und familienfreundliche Kommunalpolitik muss sich an den veränderten Bedürfnissen orientieren. Die Aussage „Kinder sind unsere Zukunft“ darf nicht ein bloßes Lippenbekenntnis sein.

Wir sprechen uns für folgende Maßnahmen aus:

- Eine Verbesserung des Kinderbetreuungsangebotes, auch für Kinder unter drei Jahren
- Flexiblere Betreuungszeiten
- Bezahlbare Kinderbetreuungskosten
- Erhalt der Vielfaltigkeit im Betreuungsangebot durch die gesetzlich geforderte finanzielle Unterstützung der Freien Träger
- Ein Betreuungsangebot, das sich an den tatsächlich bestehenden Bedürfnissen orientiert, durch die Einbeziehung und das Mitspracherecht Freier Träger bei der Bedarfsplanung.

4. Schulpolitik

Der aufgekommene Gedanke, dass mit dem Bau der Kinderhäuser am Neckar und in Zizishausen und der Fertigstellung des Kultur- und Kongresszentrums Stadthalle alle größeren kulturellen Baumaßnahmen vorerst ein Ende hätten, war leider ein Irrtum. Zu einem finanziell äußerst bedenklichen Zeitpunkt sehen wir uns im schulischen Bereich mit weiteren größeren Baumaßnahmen konfrontiert, denen wir allesamt zustimmen.

Für die Erweiterung des Max-Planck-Gymnasiums und der Erweiterung des Enzenhardt-Kindergartens ist der Spatenstich bereits erfolgt. Notwendig erscheint auch die Umgestaltung des Hölderlin-Gymnasiums und der Mörikeschule zu Ganztageschulen, die den veränderten Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen Rechnung tragen. Dringend erforderlich ist aber auch eine Übergangslösung und eine grundlegende Erweiterung der Realschulen. Auch der Umbau der Grundschule Reudern sollte zügig nach den Plänen des Hochbauamtes angegangen werden.

5. Kulturpolitik

Die Hochschule für Kunsttherapie droht aus finanziellen Gründen nach Schwäbisch Hall abzuwandern. Finanziell gesehen kann unsere Stadt nicht viel dagegen halten. Es ist ein Kampf zwischen David und Goliath. Für Nürtingen sprechen jedoch einige gewichtige Standortfaktoren für diese im Bundesgebiet einzigartige Schule. Wir sollten deshalb nichts unversucht lassen, die Schule in Nürtingen zu halten.

Als Problem stellt sich das teure Mietverhältnis dar. Wir könnten uns daher einen Umzug ins „Alte Krankenhaus“ vorstellen, das nach dem Umzug der Psychiatrie nach Kirchheim frei werden wird. Ohne die Unterstützung des Landrates und des Kreistages und guten Kontakten zur Landespolitik wird dies nicht zu schaffen sein. Außer der Aktivierung unserer Landtags-

abgeordneten appellieren wir auch an die offenkundig guten persönlichen Beziehungen zwischen dem „lieben Thaddäus“ in Nürtingen und dem „lieben Günther“ in Stuttgart.

6. Energie und Umwelt

Auf großes Interesse stießen die Nürtinger Umwelttage. Der Ausstoß von Kohlendioxyd und damit die Verbrennung fossiler Brennstoffe in den Industrieländern muss in den kommenden Jahrzehnten um 80 bis 90 Prozent gesenkt werden, um eine Klimakatastrophe zu verhindern. Dürre, sintflutartige Regenfälle und katastrophale Hochwässer, milde Winter und heiße Sommer, wie wir sie bereits erlebt haben, bieten nur den Vorgeschmack einer möglichen Destabilisierung unserer Lebensgrundlagen.

Das größte Potenzial zur Reduzierung des Energiebedarfs steckt weiterhin in der Sanierung des Altbaubestandes. Wir beantragen daher das Programm zur Förderung der Wärmedämmung im Gebäudebestand mit einem Betrag von 50.000 Euro wieder aufzulegen. Um die Möglichkeit von bloßen Mitnahmeeffekten in den von Eigentümern bewohnten Häusern zu verhindern, soll das Programm nur für vermietete Gebäude gelten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben unsere Haushaltsrede unter den Titel „Nachhaltige Entwicklung trotz reduzierter Mittel“ gestellt. Ein voller Geldbeutel hat stets auch seine Schattenseiten. Nicht alles was wir brauchen ist wichtig und nicht alles was wichtig ist, brauchen wir. Unser Ziel ist es, im baulichen, sozialen und kulturellen Bereich einen gerechten Mittelweg zu finden und das Wohl aller Bürger und der zukünftigen Generationen zu beachten.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.



Dieter Braunmüller
Fraktionsvorsitzender **Nürtinger Liste/Grüne**

Nürtingen, den 23. November 2004

Anlage:
Haushaltsanträge
Tischvorlage Resolution

Haushaltsanträge

1. Wir beantragen die Abschaffung der unechten Teilortswahl und die Einführung einer echten gemeinsamen Stadtwahl. In einer Arbeitsgruppe aus Verwaltung, Gemeinderats- und Ortschaftsräten soll diese Einführung erarbeitet und bei der bevorstehenden Klausurtagung beraten werden.
2. Wir beantragen eine Bedarfsplanung auf der Grundlage von anerkannten Kriterien für die Ausstattung der Feuerwehr unter Berücksichtigung gesamtstädtischer Synergieeffekte. Erst nach Vorliegen dieser Bedarfsplanung soll über die Anschaffung des Löschfahrzeugs LF 16-12 TS in Höhe von 340.000 Euro entschieden werden.
3. Die Fassadensanierung des Rathauses Zizishausen in Höhe von 47.000 Euro halten wir ohne ein schlüssiges Belegungskonzept für nicht sinnvoll. Die Mittel sollten ggf. für die Wärmedämmung des Z' verwendet werden.
4. Wir beantragen die Halbierung der Mittel für den allgemeinen Ausbau der Straßenbeleuchtung von 71.000 Euro (VMH 6700, S. 285). Mit einem Betrag von 35.500 Euro liegt der reduzierte Ansatz noch über dem Rechnungsergebnis von 2003. Wir halten die Beleuchtung des bestehenden Straßennetzes grundsätzlich für ausreichend.
5. Die vorgesehene Umgestaltung des alten Teils des Friedhofs Neckarhausen mit einem Aufwand von 120.000 Euro sollte aus finanziellen Gründen vorerst zurückgestellt oder in Etappen durchgeführt werden.
6. Der kombinierte Haushaltstitel „Musik- und Jugendkunstschule“ (Haushaltsplan 3330) sollte, wie zugesagt, in eigenständige Haushaltstitel getrennt werden.
7. Für die Beschäftigten in der Au sollte für die Linie Nürtingen – Zizishausen eine Bushaltestelle in der Nähe der DEA-Tankstelle vorgesehen werden.
8. Für die Besucher des Krankenhauses und der Schulen auf dem Säer halten wir eine Fußwegverbindung von der Bushaltestelle Jettenhardtsiedlung zum Säer für sinnvoll und notwendig.
9. Für vermietete Gebäude soll das Programm zur Förderung der Wärmedämmung neu aufgelegt werden (Begründung siehe Haushaltsrede).
10. Die vom Freien Kinderhaus beantragten Ausfallbürgschaft von 5.000 Euro für das Projekt „Interkunst“ kann nach Kenntnis des Haushaltstitels „Kulturfonds“ befürwortet werden.
11. Es sollte geprüft werden, ob für Radfahrer, die nach rechts auf einen Radweg abbiegen, ein eigener grüner Pfeil eingeführt werden kann, durch den sie freie Fahrt trotz roter Ampel bekommen können.
12. Über eine Neukonzeption der Nürtinger Kulturpolitik soll beraten werden (Begründung siehe Haushaltsrede).
13. Das Radwegenetz sollte weiterentwickelt werden. Dies gilt insbesondere für die innerstädtischen Zufahrtswege zum Innenstadtring (Kirchheimer Straße und Stadtbrücke). Entlang des Neckar-Radweges sollte über die Zugangswege zur Stadtmitte und über Verpflegungs- und Übernachtungsmöglichkeiten informiert werden.

Tischvorlage zur Haushaltsrede 2005

Resolution

Der Gemeinderat der Stadt Nürtingen fordert die Landesregierung zum Verzicht auf Eingriffe in die kommunale Finanzmasse zum Ausgleich des Landeshaushalts 2005/2006 auf.

Der Gemeinderat hat mit großer Sorge davon Kenntnis genommen, dass die Landesregierung Baden-Württemberg massive Eingriffe in die geltende Finanzverteilung zwischen dem Land und den Kommunen plant. Dabei sollen in den Jahre 2005 und 2006 jeweils bis zu 350 Mio. Euro jährlich - zusätzlich zu den bereits in den vergangenen Jahren vollzogenen Verlagerungen - der kommunalen Finanzmasse zugunsten des Landes entzogen werden. Mit der pauschalen Kürzung des Finanzausgleichs 2004 in Höhe von 80 Mio. Euro, der 2005 wirksam wird, und dem kommunalen Anteil an den Umsatzsteuerverlusten des Landes durch Hartz IV in Höhe von 29 Mio. Euro würden den Kommunen 2005 ca. 460 Mio. Euro fehlen. Darüber hinaus sollen die Einsparungen des Landes aus der Umstellung des Wohngeldes im Zuge der Umsetzung der Hartz IV-Gesetzgebung in Höhe von 132 Mio. Euro nicht bzw. nur unter Aufrechnung der erhöhten Umsatzsteueranteile des Landes an die Kommunen weitergegeben werden. In der Summe droht ein Verlust von bis zu 560 Mio. Euro allein im Jahr 2005.

Der Gemeinderat der Stadt Nürtingen lehnt Eingriffe in die kommunale Finanzmasse zugunsten des Landes Baden-Württemberg strikt ab und fordert die Landesregierung in jedem Falle auf, die Ersparnisse aus der Wohngeldumstellung in voller Höhe an die Kommunen weiterzugeben.

Die Kommunen dürfen aus Finanzregelungen zwischen Bund und Ländern nicht in der Weise belastet werden, dass der Bund von einer Weitergabe der Wohngeldersparnisse an die Kommunen ausgeht, das Land Baden-Württemberg aber eigene Belastungen, die mit Zustimmung des Landes im Vermittlungsausschuss vereinbart wurden, den Kommunen anrechnet.

Für die Stadt Nürtingen ist eine weitere Reduzierung der kommunalen Steueranteile nicht hinnehmbar. Bereits derzeit ist der überwiegende Teil der gemeindlichen Haushalte nicht mehr genehmigungsfähig mit der Folge, dass nicht nur von der Substanz gelebt wird, sondern dass wesentliche Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge nicht mehr erfüllt werden können. Dies gilt in gleicher Weise für die Haushalte der Kreise, die nur noch durch jährlich stark steigende Kreisumlagehebesätze überhaupt finanzierbar sind. Eine Situation, die die Gemeinden zusätzlich belastet und das kommunale Handeln auf örtlicher Ebene bereits zur Bedeutungslosigkeit geführt hat.

Der Nürtinger Gemeinderat sieht den verfassungsrechtlich garantierten Anspruch auf eine angemessene Finanzausstattung der Kommunen bei einem weiteren Eingriff in die kommunale Finanzmasse nachhaltig gestört und kann in der Begründung des Landes für die geplanten Maßnahmen, dass das Land eine weitaus schlechtere Finanzsituation habe, keine ausreichende Grundlage für ein derartiges Handeln erkennen.

Wir fordern daher, dass Haushaltsprobleme des Landes nicht in der Weise gelöst werden, dass die erforderlichen Mittel den Kommunen entzogen werden. Vielmehr müssen Aufgaben einer umfassenden und konsequenten Kritik unterzogen werden, um die Ausgaben zu reduzieren. Dazu sollte das Land Baden-Württemberg die notwendigen Initiativen, auch auf Bundesebene, ergreifen.

Finanzprobleme des Landes dürfen nicht durch Veränderungen der Steuerverteilungen gelöst werden, sondern nur durch konsequente Orientierung an wirtschaftlichen Kriterien der Haushaltsführung. Der Griff in die kommunalen Kassen ist keine Lösung, die akzeptabel ist. Mit einem Kampf um die Verteilung der unzureichenden Steuermittel zwischen Land und Kommunen werden die Ursachen der Haushaltsprobleme nicht gelöst, sondern nur auf die Schultern des schwächeren Partners verlagert.